

Niederschrift

Gremium: Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung
Sitzungs-Nr.: 15 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 01.11.2004
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3
Beginn: 14.30 Uhr **Ende:** 16.25 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:		Seite:
1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	3
2	Genehmigung der Niederschrift über die vierzehnte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 27.08.2004	3
3	Umsetzung des SGB II im Landkreis Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 298/2004	3
4	Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes hier: Kosteneinsparung bei dem Zuschuss an die TelefonSeelsorge Elbe-Weser Sitzungsvorlage Nr. 240a/2004	5
5	Aktueller Monatsbericht Sozialstatistik des Landkreises Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 299/2004	6
6	Mitteilungen und Anfragen	6
7	Einwohnerfragestunde	7

Anwesend waren:

Kreistagsabgeordnete Frau Faße, Langen, Vorsitzende
Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen
Kreistagsabgeordnete Frau Böckenkamp, Otterndorf
Kreistagsabgeordneter Demuth, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt
für die verhinderte Abg. Frau Spiess, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Martens, Neuhaus (Oste)
Kreistagsabgeordneter Peters, Langen
Kreistagsabgeordnete Frau Rischbieter, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven

Grundmandatsinhaber:

Kreistagsabgeordnete Frau Tecker, Schiffdorf
Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven

Als hinzuberufene beratende Mitglieder:

Frau Tanja Dock, Norderteiler Weg 11, 21762 Otterndorf
Frau Christel Hohmann, Stader Str. 77, 21762 Otterndorf
Herr Peter Kuhlmann, Am Steinkamp 7, 27616 Beverstedt
Frau Regina Urban, Dingener Str. 11, 27607 Langen-Imsum

Von der Verwaltung:

Kreisrätin Jahns
Frauenbeauftragte Frau Mahler
Kreisoberamtsrat Flickenschild
Kreisangestellter Krause
Kreisangestellter Minnermann
Kreisangestellter Otremba, zugleich als Protokollführer

Als Gäste:

Personalratsvorsitzender Herr Bredehöft
Leiter der Agentur für Arbeit Stade, Herr Hempfling
Leiterin der TelefonSeelsorge Elbe-Weser, Frau Huntemann-Clasen
Stellv. Personalratsvorsitzender Herr Maaß
Leiter der Agentur für Arbeit Bremerhaven, Herr Wozniak

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordneter Robbert, Cuxhaven
Kreistagsabgeordnete Frau Spiess, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Steinau, Nordholz

Frau Anne Dieckmann, Sethlerhemmer Str. 34, 21745 Hemmoor

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die vierzehnte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 27.08.2004

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Die Niederschrift über die vierzehnte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 27.08.2004 wird genehmigt.

**Punkt 3: Umsetzung des SGB II im Landkreis Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 298/2004**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 3 der Tagesordnung.

KR'in Jahns gab weitere Erläuterungen zu dem Beschlussvorschlag. Dieser spreche sich demnach für eine Arbeitsgemeinschaft aus, welche die nach SGB II vorgesehenen Aufgabenfelder wahrnehmen werde. Die Schuldner- und Suchtberatung solle nicht in die Arbeitsgemeinschaft überführt werden, da hier Verträge bestünden, an die der Landkreis Cuxhaven gebunden sei.

Es zeichne sich ab, dass alle Personen, die bisher diese Aufgaben z. B. bei den Gemeinden wahrgenommen haben, zukünftig auch bei der Arbeitsgemeinschaft benötigt würden. Anhand der zuvor erwähnten Zahlen seien feste Anlaufstellen in den Orten Cuxhaven, Hemmoor, Otterndorf sowie Bremerhaven vorgesehen. Sprechstunden werde es voraussichtlich in den Bereichen Bad Bederkesa, Land Wursten, Beverstedt und Hagen geben.

Die weitere Feinplanung hinsichtlich des Personals und der notwendigen Infrastruktur werde bei entsprechender Beschlussfassung fortgesetzt. Ziel sei es, die Arbeitsgemeinschaft so schnell wie möglich arbeitsfähig zu bekommen. Dieses werde voraussichtlich nicht zum 01.01.2005 gelingen, angestrebt werde jedoch der 01.07.2005. Ein konkretes Datum enthalte die Vorlage nicht, damit nicht ohne Not ein Zugzwang entstehe.

Hinsichtlich der in der Vorlage angesprochenen Rückübertragung von Aufgaben sei für den Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes vorgesehen, Teile dieser Aufgaben danach wieder an die Gemeinden zurück zu übertragen. Auf einer für den 08.11.2004 terminierten Veranstaltung des Landes zum Landesausführungsgesetz SGB II werde es weitere Informationen zu der Ausgestaltung und Rechtsform der Arbeitsgemeinschaft mit der Bundesagentur für Arbeit geben.

Die Vorsitzende bat um Auskunft darüber, inwieweit Personalvertretungen eingebunden gewesen seien.

KR'in Jahns berichtete, dass der Personalrat des Landkreises eingebunden gewesen sei, jedoch zurzeit noch keine Einzelpersonalentscheidungen anstanden.

Abg. Peters sehe zwar noch nicht alle Fragen des Beschlusses der letzten Sitzung als beantwortet an, sprach sich aber für die Annahme des Beschlussvorschlages aus. Fraglich sei, wie die, laut Vorlage, paritätisch besetzte Trägerversammlung funktionieren solle. Ob hier eine Gewichtung nach Aufgabenschwerpunkten oder nach Anzahl des jeweils eingesetzten Personals vorgenommen werde? Ihm komme es darauf an, dass hier eine Gleichberechtigung der Handelnden erreicht werde.

KR'in Jahns stellte fest, dass dieses im Detail noch nicht festgelegt worden sei. Wenn sie die Agentur für Arbeit jedoch richtig verstanden habe, wollen diese mit dem Landkreis auf gleicher Augenhöhe verhandeln. Für den Geschäftsführer sei ein abgestimmtes Verfahren zu entwickeln. Vorstellbar sei, dass beide diese Position ausschreiben und sich dann auf eine Person einigen.

Abg. Berghorn bemängelte, dass die Personalräte der Gemeinden nach seiner Auffassung nicht ausreichend informiert seien, zumal diese erheblich davon betroffen sein werden. In diesem Zusammenhang stel-

len sich für ihn weitere Fragen. Nach seiner Information habe die Agentur Interesse, auch Personen von den Gemeinden zu übernehmen – werde die Anzahl der Mitarbeiter der Agenturen hierdurch größer? Hinsichtlich der vorgesehenen Standorte für die Beratungsstellen und der Bereiche, für die Sprechstunden abgehalten werden sollen, stelle sich die Frage, ob sich das Klientel eine ortsnahe Beratungsstelle aussuchen könne oder eine feste Stelle zugewiesen werde.

KR'in Jahns führte aus, dass Gespräche mit den Personalräten vor Ort stattfinden werden, wenn durch den anstehenden Beschluss die weiteren Voraussetzungen hierfür geschaffen worden seien. Hinsichtlich der Personalaufstockung bei der Bundesagentur sei zu sagen, dass dieses erklärtes Ziel des Gesetzes gewesen sei, um eine bessere Beratung sicherstellen zu können. Hinsichtlich der Beratungsstellen ergäbe sie sicherlich die Möglichkeit, die örtlich günstigeren Anlaufstellen zu wählen.

Abg. Martens unterstrich, dass auch nach seiner Ansicht die betroffenen Beschäftigten in den Kommunen Klarheit erhalten müssen. Wie sei z. B. der weitere Weg dieses „freigesetzten“ Personals aus den Gemeinden und des Landkreises?

KR'in Jahns unterstrich, dass es wichtig sei, den eingeschlagenen Weg aufzuzeigen und deutlich zu machen, dass diese Personen weiterhin in diesem Bereich tätig sein werden. Änderungen hinsichtlich des Arbeitsortes können sich ergeben. Die Bundesagentur werde jedenfalls nicht Dienstherr werden.

KAng. Minnermann stellte fest, dass es zwei Handlungsbereiche gebe. Einmal der Bereich SGB II und einmal der Bereich der Aufgaben, die beim Landkreis Cuxhaven verblieben. Alle Personen aus beiden Handlungsbereichen gehen auf den Landkreis Cuxhaven über und unterliegen dessen Direktionsrecht. Dabei werden bei örtlichen Veränderungen einzelner Arbeitsverhältnisse die jeweiligen örtlichen Besonderheiten berücksichtigt. Nach dem Aufstellen entsprechender Organisationspläne werde dann mit den einzelnen Personen zu sprechen sein.

Abg. Frau Tecker beantragte, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass die Arbeitsgemeinschaft frühestmöglich, jedoch spätestens bis zum 01.07.2005, eingerichtet werden solle.

Abg. Frau Rischbieter bat um Auskunft darüber, was in der Zeit zwischen In-Kraft-Treten des Gesetzes am 01.01.2005 und einer möglichen Aufnahme des Betriebes der Arbeitsgemeinschaft zum 01.07.2005 geschehen werde.

KR'in Jahns informierte darüber, dass die Übergangsfrist längstens bis zum September 2005 gelte. Während dieser Übergangsfrist können die Aufgaben von den Beteiligten wie bisher bearbeitet werden. Darüber hinaus sei beabsichtigt, die Arbeitsgemeinschaft frühestmöglich zu errichten.

KAng. Minnermann ergänzte, dass es sich bei der Umstellung um einen schwierigen Prozess mit vielen handelnden Personen handle. Die Hilfeempfänger seien von diesem Prozess nicht berührt.

Die Vorsitzende bemerkte, dass sie sich auch einen festen Termin gewünscht hätte und unterstützte den Antrag der Abg. Frau Tecker. Weiterhin sei sie daran interessiert, wie häufig die Sprechstunden abgehalten werden sollen. Auch bitte sie um Auskunft über den Stand der Rückläufe der Anträge auf Leistungen nach SGB II.

KR'in Jahns erläuterte, dass die Orte für die Sprechstunden und die Anzahl der Sprechstunden anhand der jeweils vorhandenen Bedarfsgemeinschaften gebildet worden seien. Demnach sollen im Bereich Bad Bederkesa und Beverstedt zwei, sowie in Hagen und Land Wursten jeweils ein Tag pro Woche Sprechstunden abgehalten werden. Generell sei in diesem Zusammenhang gesagt, dass die gemachten Vorschläge nach den hier vorhandenen Informationen entwickelt worden seien und ggf. im Zuge der gemachten Erfahrungen anzupassen wären.

KAng. Minnermann berichtete, dass für den Bereich der Stadt Cuxhaven etwas 65 % Rücklauf festgestellt werden könne. Für den Landkreis könne von ca. 81 % Rücklauf ausgegangen werden. Man hoffe, dass bis zum Jahresende so gut wie alle Personen erreicht worden seien. Es werde aber auch einen gewissen Anteil geben, die kein Interesse an einer Antragstellung haben.

Herr Kuhlmann verwies auf die Folgen der Rücknahme der Delegation für Personen, die nicht mobil seien unter besonderer Beachtung der Seniorinnen und Senioren und wünschte sich, doch die Möglichkeit der jeweiligen Antragstellung bei den Gemeinden zu ermöglichen.

KR'in Jahns betonte, dass Anträge und sonstige Unterlagen nach wie vor bei den Gemeinden abgegeben werden können.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Der Landkreis Cuxhaven bildet mit den Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade eine Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II und überträgt ihr die ihm nach §§ 22 und 23 Abs. 3 SGB II obliegenden Aufgaben frühestmöglich, spätestens aber zum 01.07.2005.

Der Landrat wird beauftragt, eine entsprechende Vorvereinbarung mit den Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade abzuschließen und die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und zu diesem Zeitpunkt auch die Erledigung der Aufgaben nach dem SGB XII (einschließlich Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und nach dem Wohngeldgesetz durch die Kreisverwaltung sicherzustellen; dieses gilt auch für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

**Punkt 4: Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes
hier: Kosteneinsparung bei dem Zuschuss an die Telefonseelsorge Elbe-Weser
Sitzungsvorlage Nr. 240a/2004**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 4 der Tagesordnung und erinnerte daran, dass der Ausschuss anlässlich seiner letzten Sitzung keine Beschlussempfehlung gegeben habe. Daraufhin erteilte sie Frau Huntemann-Clasen das Wort.

Frau Huntemann-Clasen lenkte den Blick auf den allen Ausschussmitgliedern vorliegenden Jahresbericht 2003, in dem die Grundzüge der Arbeit der Telefonseelsorge aufgeführt werden. Derzeit seien ca. 80 Personen ehrenamtlich tätig. In diesem Bereich entsteht der überwiegende Anteil der Kosten der Telefonseelsorge. Sie dankte dem Landkreis Cuxhaven für die langjährige finanzielle Unterstützung der Telefonseelsorge, welche nicht zuletzt auch auf dessen Wunsch hin eingerichtet worden sei.

Hinsichtlich des vorliegenden Einsparungsvorschlages hätte sich die Telefonseelsorge gewünscht, dass deutlich weniger als die Hälfte des Zuschusses gestrichen werden solle. Besonders wichtig sei daher, dass der Landkreis Cuxhaven helfe, entsprechende Sponsoren zu finden und zu erhalten. Dieses Sponsoring muss langfristig gesichert sein. Dieses auch vor dem Hintergrund, dass die sonstigen Einnahmen, wie Kollekten, Zuschüsse der Kirchen und sonstige Spenden, allgemein eher zurückgingen.

Abg. Peters unterstrich die wichtige Aufgabe der Telefonseelsorge und verwies nochmals darauf, dass beabsichtigt gewesen sei, andere Landkreise, deren Bereich ebenfalls durch die Telefonseelsorge Elbe-Weser abgedeckt werde, an den Kosten zu beteiligen. Der jetzige Beschlussvorschlag gebe der Telefonseelsorge zunächst einmal eine gewisse Planungssicherheit.

Abg. Götjen fragte im Hinblick auf den in den vergangenen Jahren durchaus gut ausgestatteten Haushalt nach dem Rechnungsergebnis für das Jahr 2003.

Frau Huntemann-Clasen berichtete, dass es in Vergangenheit zeitweise durch landeskirchliche Kollekten eine gute finanzielle Ausstattung gab. Dieses war jedoch ein vermutlich nicht wiederkehrendes Ereignis. Für das Jahr 2003 sei eine Teilentnahme aus der Rücklage erforderlich geworden. Eine Rücklage in der bekannten Höhe sei zudem erforderlich, um bei einer schlechten finanziellen Ausstattung der Einrichtung diese nicht Hals über Kopf schließen zu müssen.

Abg. Demuth hält die Kürzung des Zuschusses um 2.000,00 € jährlich für nicht gut. Insgesamt sei eine anvisierte Kürzung um 50 % zu viel.

Die Vorsitzende bat um Auskunft darüber, ob schon etwas über mögliche Sponsoren gesagt werden könne.

KR'in Jahns teilte mit, dass konkrete Sponsoren noch nicht vorhanden seien.

Abg. Frau Tecker habe im Hinblick auf andere freiwillige Leistungen des Landkreises Cuxhaven, wie beispielsweise Flughafen oder A 22, Probleme, diesen vergleichsweise geringen Zuschuss an die Telefonseelsorge zu reduzieren. In diesem Zusammenhang sei fraglich, ob der vorliegende Beschlussvorschlag seitens der Telefonseelsorge tatsächlich als tragfähig angesehen worden sei.

Frau Huntemann-Clasen bemerkte, dass der Wunsch nach Kürzung des Zuschusses seitens des Landkreises Cuxhaven deutlich hervorgetreten sei und die Telefonseelsorge in dem gemeinsamen geführten Gespräch an die Grenzen der eigenen Argumentation gekommen sei.

Die Vorsitzende bezweifelte, dass ein Beschluss, der bis in das Jahr 2010 hinein reicht, durch den Ausschuss gefasst werden könne. Sie beantrage daher für die SPD-Fraktion, den vorliegenden Beschlussvorschlag in der Form abzuändern, als dass die beiden letzten Sätze ersatzlos gestrichen werden.

KR'in Jahns stellte fest, dass dieser Beschluss eine gewisse langfristige Perspektive aufzeigen solle und die entsprechenden jeweiligen haushaltsrechtlichen Beschlüsse jährlich gesondert zu fassen seien.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss mehrheitlich:

1. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.
2. Der jährliche Zuschuss an die TelefonSeelsorge Elbe-Weser von bisher 25.360,00 € wird ab dem Haushaltsjahr 2005 auf 12.680,00 € gekürzt. Die der Telefonseelsorge durch die Kürzung fehlenden Mittel sollen mit Unterstützung des Landkreises Cuxhaven als Sponsorengelder eingeworben werden. Für den Fall, dass diese Gelder nicht oder nicht in erforderlicher Höhe einbringlich sind, wird durch den Landkreis Cuxhaven eine Gewährleistung in Höhe von maximal 12.680,00 € ausgesprochen. Sollte dieser Fall eintreten, würde der Landkreis Cuxhaven im darauf folgenden Jahr den Zuschuss von Jahr zu Jahr um jeweils 2.000,00 € bis zu einem Betrag in Höhe der Hälfte des jetzigen Zuschusses reduzieren. So sollte zunächst bis 2010 verfahren werden.

Abg. Demuth bat die Verwaltung, den angenommenen Beschlussvorschlag auf dessen rechtliche Zulässigkeit zu prüfen.

Punkt 5: Aktueller Monatsbericht Sozialstatistik des Landkreises Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 299/2004

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 5 der Tagesordnung.

KAng. Minnermann verwies allgemein auf steigende Fallzahlen, welche voraussichtlich auch zukünftig weiter steigen und entsprechende Auswirkungen für den Haushalt haben werden. Diese Tendenz könne durch ein weiteres Handeln der Verwaltung nicht weiter verändert werden.

Abg. Martens bat um Auskunft, ob es in einigen Bereichen besondere Auffälligkeiten gäbe.

KAng. Minnermann wies auf regional unterschiedliche Prozentsätze hin, ergänzte aber gleichzeitig, dass in vielen Bereichen, so z. B. auch im Bereich der Samtgemeinde Hemmoor, bessere Zahlen festzustellen seien als im Landesdurchschnitt.

Die Vorsitzende bemerkte, dass sich im Zuge der Einführung des SGB II die Zahlen stark verändern werden.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung nahm Kenntnis.

Punkt 6: Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen wurden nicht vorgetragen.

Punkt 7: Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht vorgetragen.

Die Vorsitzende schloss um 16.25 Uhr die Sitzung.

Jahns
Kreisrätin

Otremba
Kreisangestellter
als Protokollführer